

Raffineriestreik in Frankreich:

Die Situation spitzt sich zu – Regierung unter Elisabeth Borne erhöht den Druck und setzt auf strafbewehrte Dienstverpflichtungen

Nein, in diesem Falle kann Wladimir Putin wirklich nichts dafür: Unabhängig von ihm und seinem Agieren bangen derzeit viele Französinen und Franzosen um die Kraftstoffversorgung in den kommenden Tagen. Am Sonntag, den 09. Oktober d.J. lagen dreißig Prozent der Tankstellen im Land trocken, Tendenz: steigend (Vgl. https://www.francetvinfo.fr/economie/transports/penurie-de-carburants/penurie-de-carburant-pres-de-30-des-stations-service-touchees-dimanche-par-des-difficultes-d-apvisionnement_5075698.html), am Mittwoch früh vermeldete der Rund-um-die-Uhr-Sender BFM TV: frankreichweit 31,3 %.

In Nordostfrankreich, im Raum um Lille, Calais und Arras, war es am Montag bereits die Hälfte der Tankstellen. (Vgl. <https://www.tf1info.fr/economie/video-penurie-de-carburants-pourquoi-le-nord-est-il-le-plus-touche-2234774.html>) Vielerorts bilden sich nächtlich lange Warteschlangen, an den Pariser Stadtausgängen waren es schon am Sonntag Abend bis zu drei Stunden; an einigen Stellen wurden erste Auseinandersetzungen wegen des Platzes in der Schlange gemeldet. Ein LKW-Fahrer, der einen Pannendienst mit Kraftstoff beliefert, zog sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch aus der Warteschlange zurück und verzichtete auf die größere Füllung, die er hätte tanken müssen, nachdem er körperlich bedroht worden war...

An Krieg, Embargo und ähnlichem liegt es nicht, denn jedenfalls bislang mangelt es Frankreichs Industrie nicht an Rohöl und -gas, um diese in den insgesamt acht Raffinerien des Landes zu Derivaten weiterzuverarbeiten. (Und die Abhängigkeit vom russischen Erdgas ist doch erheblich, erheblich geringer als für die Bundesrepublik.)

Doch in diesen Raffinerien wird gestreikt. Es gibt insgesamt acht Raffinerien in Frankreich (beim Petrochemie-Streik von 2010 gegen die damalige Renten“reform“ waren es noch ihrer zwölf). Sieben davon liegen in Festlandfrankreich, also im europäischen Frankreich, denn die achte befindet sich auf der zu Frankreich gehörenden Karibikinsel La Martinique. Sechs von den sieben hatten sich dem Streik bis zum heutigen Mittwoch früh (12. Oktober 22) angeschlossen, als Letzte seit dem heutigen Morgen um fünf Uhr früh die Raffinerie in Donges in der Nähe von Nantes. (Vgl. <https://www.tf1info.fr/economie/penurie-de-carburants-essence-gazole-quelles-raffineries-totalenergies-exxon-sont-bloquees-par-la-greve-de-la-cgt-2235116.html>) Lediglich die siebte Raffinerie in Lavéra beim provençalischen Martigues blieb bislang außer vor, weil der dortige Betreiber, der britische Konzern Ineos, die Löhne

bereits infolge eines örtlichen Abkommens mit den dort vertretenen Gewerkschaften erhöhte.

Was fordern die Lohnabhängigen? Einen Lohnzuschlag in Höhe von zehn Prozent. Das ist in diesen Zeiten nicht so außerordentlich, beträgt doch die jährliche Inflationsrate derzeit rund sieben Prozent – eine Lohnsteigerung darunter bedeutet also einen Verlust an Realeinkommen -, vor allem im Angesichts dessen, was derzeit in Frankreich unter der Bezeichnung „Superprofite“ eifrig diskutiert wird. Auch wenn der wirtschaftsliberale Wirtschaftsminister Bruno Le Maire behauptet, diesen Begriff „**nicht zu kennen**“ (vgl. https://www.liberation.fr/checknews/les-superprofits-cest-quoi-20220901_2NTVAV73YBHP5DPRU7O7M4425Q/)(nicht, weil der Mann schlecht informiert wäre, sondern weil er schlicht nichts dazu unternehmen will), ist er derzeit in nahezu aller Munde. Frankreichs führende Unternehmen verteilten im zweiten Quartal dieses Jahres 44,3 Milliarden Euro an ihre Aktionäre (vgl. https://www.liberation.fr/economie/les-entreprises-francaises-versent-443-milliards-deuros-a-leurs-actionnaires-20220824_ISEMCLE22BE6BKPJAKCBBVIPCI/), und allein der Mineralölkonzern TOTAL (ausgeschrieben inzwischen seit kurzem „Total Energies“) kündigte am 26. September d.J. eine Sonder-Ausschüttung in Höhe von 2,6 Milliarden an. Sogar so revolutionäre Kräfte wie die britischen Konservativen dachten vor ähnlichem Hintergrund bereits an eine „Übergewinnsteuer“, doch für Le Maire kommt eine solche nicht in Betracht, erklärt er doch, auf Steuererhöhungen reagiere er generell allergerisch.

TOTAL zählt in gewissem Sinne zu den Kriegsgewinnlern, denn die weltweit gestiegenen Rohstoffpreise – zwischen Ukrainekrieg und Produktionsdrosselung durch die OPEC – lassen auch bei ihm die Kassen sprudeln. Tritt der französische Konzern doch, anders als andere Tankstellenbetreiber, nicht nur als Verteiler, sondern auch selbst als Produzent (also Förderer) von Rohöl auf und sitzt damit selbst an der Quelle. Um einer Steuererhöhung, wie Links- und Rechtsopposition im französischen Parlament sie Anfang August vergeblich forderten, zu entgehen, führte TOTAL vom 1. September bis zum 1. November dieses Jahres eine - auf zwei Monate befristete - freiwillige Preissenkung von zwanzig Cent pro Liter Benzin ein. Die Regierung unter Emmanuel Macron und Le Maire berief sich als Argument, um diese Selbstverpflichtung (auf kurze Zeit) als willkommene Alternative zu einer Steuererhöhung anzupreisen. Es kam, wie es kommen musste: TOTAL gewann sprunghaft Marktanteile hinzu, lässt also in Wirklichkeit seine Konkurrenten für die Preissenkung bezahlen, doch seine Tankstellen wurden überlaufen und drohten schon vor Ausbruch des Streiks unter einer Blechlawine zu ersticken. Seit Beginn des Arbeitskampfs in den Raffinerien und mit der Verknappung des Angebots wächst sich der Run auf die TOTAL-Tankstellen aus und wird zum Würgegriff.

Abhängig Beschäftigte möchten auch einen Teil vom Kuchen abbekommen.

Regierung und Leitmedien üben entsprechend Druck auf die im Petrochemiesektor streikenden Gewerkschaften – vor allem CGT und Force Ouvrière, während die rechtssozialdemokratisch geführte CFDT (als theoretisch stärkster Gewerkschaftsdachverband) den Ausstand boykottiert und denunziert, da sich ja noch schön ordentlich verhandeln ließe (vgl. <https://www.nouvelobs.com/social/20221008.OBS64305/laurent-berger-desapprouve-la-greve-dans-les-raffineries-lancee-par-la-cgt.html>) - und posaunen hinaus, ja klar verstünde man in Zeiten fortschreitender Inflation solche Forderungen wie die ihren, nur, **vernünftig** möge man doch bitte bleiben... also von gar zu wirksamen Aktivitäten absehen. Und über strafbewehrte Dienstverpflichtungen in einem „strategischen“ Sektor ließe sich doch mal nachdenken, tönt es bereits vergangene Woche etwa aus Talkshows beim tendenziell wirtschaftsliberalen Rund-um-die-Uhr-Sender BFM TV.

AKTUELL AKTUELL: In dieser Hinsicht möchte nun auch die Regierung unter Premierministerin Elisabeth Borne nun tatsächlich Nägel in Köpfen machen. Zunächst gegenüber Lohnabhängigen des Mineralölkonzerns ExxonMobil, an dessen bestreikten Raffineriestandorten Notre-Dame-de-Gravenchon in der Normandie (im Raum Rouen) sowie im südfranzösischen Fos-sur-Mer sowie an bestreikten Treibstoffdepots desselben Konzern, in denen Teile der „Notvorräte“ (*réserves stratégiques*) lagern.

Die Dienstverpflichtungen oder *réquisitions* stehen unter einer gesetzlichen Strafandrohung von bis zu sechs Monaten Haft bei Zuwiderhandlung. Die Anordnung wird durch die Präfektur (rechtliche Vertretung des Zentralstaats im Département) genehmigt, dann legt das betreffende Unternehmen die Liste der Dienstverpflichteten fest; ihnen wird im Anschluss eine Mitteilung durch die Sicherheitskräfte – Polizei oder Gendarmerie – überbracht.

Zunächst sind die abhängig Beschäftigten bei ExxoMobil betroffen, weil dort bereits ein Lohnabkommen mit zwei eher gelben, pardon: verständnisvollen (...gegenüber dem Arbeitgeber, der Kapitaleseite) Gewerkschaften abgeschlossen wurde, nämlich der CFDT und der Vertretung von höheren und leitenden Angestellten, CFE-CGC. (Vgl. <https://www.ouest-france.fr/economie/transports/penurie-de-carburant/penurie-de-carburants-la-greve-prolongee-chez-esso-exxonmobil-malgre-un-accord-sur-les-salaires-6a1e5f7e-4934-11ed-8da3-410856ccb182>) Diese beiden Verbände sind im Unternehmen insgesamt – also weiße Kragen eingeschlossen – von den Wahlergebnissen beim Personal her in der Mehrheit, jedoch an den betroffenen Raffineriestandorten klar in der Minderheit, dort dominieren CGT und FO. Deren Mitglieder und weitere Lohnabhängige haben bereits beschlossen, weiterzustreiken. Dies ist rechtlich absolut zulässig: Im Unterschied zur BRD existiert in Frankreich keine juristische „Friedenspflicht“. Nun drohe also Dienstverpflichtungen...

Höchst bedauerliches Zugeständnis durch die CGT

Die CGT, als traditionell in der Petrochemie stark verankerter Gewerkschaftsbund (früher einmal als der Französischen kommunistischen Partei nahe stehend geltend, doch diese ist ja nur noch ein Schatten ihrer selbst) knickte an einem wichtigen Punkt bereits ein. Und gab „qualitative“ Forderungen zugunsten einer rein „quantitativ“ orientierten Verhandlungsstrategie auf, einer, die darauf hinausläuft, nur noch über Lohnprozente zu reden; dies explizit, um Verhandlungen zu erleichtern. (Vgl. <https://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/energie-environnement/greves-a-totalenergies-la-cgt-prete-a-limiter-ses-revendications-a-l-augmentation-des-salaires-935971.html>) Anfänglich dagegen hatte sie auch „qualitative“ Verlangen formuliert, vor allem nach Personaleinstellungen und Investitionen. Diese wären selbstredend unerlässlich, um einen Konzern, der in seiner bisherigen Funktionsweise zu den wichtigsten Schädigern des Planeten zählt (vgl. <https://www.novethic.fr/actualite/environnement/climat/isr-rse/en-ouganda-totalenergies-poursuit-le-lancement-d-un-des-plus-gros-projets-petroliers-du-monde-150543.html>), vielleicht doch noch zu einem Akteur erneuerbarer Energien und der Verringerung des fossilen Desasters umzuwandeln. Die Kapitaleseite ist derzeit zwar durchaus daran interessiert, an erneuerbaren Energiequellen ein bisschen mitzuverdienen, an einem Umbau von Energieversorgung und Produktionslogik jedoch gewiss nicht. Nun lenkt auch die CGT jedenfalls derzeit darin ein, lediglich über Geldprozente im gegebenen Rahmen reden zu wollen.

Nichtsdestotrotz hat dieser Arbeitskampf einen Vorbildcharakter, da im Lager der Etablierten viele zittern, er könne vielleicht eine Art Signalwirkung entfalten und die Methode könnte sich ausbreiten. (Vgl. https://www.liberation.fr/economie/transports/dans-les-raffineries-une-greve-qui-pourrait-faire-tache-dhuile-20221009_6XXDR7XWONCUZKCPZTBDCOYCVQ/)

Das fürchten Regierende und Kapitaleseite umso dringlicher, als sie derzeit größere Vorhaben wälzen. Eines davon heißt „Rentenreform“

Artikel von Bernard Schmid vom 12.10.2022 - wir danken!

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Streik für 10% mehr Lohn gegen steigende Kosten in den Raffinerien Exxon Mobile und Total bewirkt Versorgungsknappheit in Frankreich](#)